

Amin Benaissa vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren übte in seinen Schlussworten auf der Abschlusskundgebung in Karlsruhe Kritik an der wachsenden Einflußnahme der Bundeswehr auf die Bildungseinrichtungen durch Kooperationsvereinbarungen mit Schulen und Rüstungsforschung an Hochschulen. Unter starken Beifall der Demo-TeilnehmerInnen forderte er dazu auf, sich gegen diese Militarisierung zur Wehr zu setzen.

Während der Demo wurden ca. 300 Exemplare des Flugblatts der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ verteilt, in dem der am gleichen Tag veröffentlichte Internationale Appell von „JA zur Friedensbindung der Universitäten – Nein zur Militärforschung. Es ist Zeit zum Handeln!“ abgedruckt ist.

<http://www.jungewelt.de/2011/01-28/029.php>

junge Welt 28.01.2011 / Inland / Seite 4

Studiengebühren stehen zur Wahl Mäßige Beteiligung bei Studentenprotesten in Hamburg und Karlsruhe

Von Michael König

Rund eintausend Studierende gingen am Mittwoch in Hamburg und Karlsruhe auf die Straße. Sie verlangten, die Studiengebühren im Stadtstaat und in Baden-Württemberg abzuschaffen. In beiden Bundesländern stehen im Frühjahr Parlamentswahlen an. Die Studenten hoffen auf eine Rücknahme der Gebühren, falls die CDU ihre jeweilige Mehrheit verliert. Zu den Demonstrationen hatten mehrere Studierendenvertretungen sowie das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) aufgerufen. Man werde »die Wahlen kritisch begleiten und die Einhaltung der Wahlversprechen genau beobachten«, warnten die Aktivisten.

An der Elbe gilt ein Personalwechsel an der Rathausspitze als sicher. SPD-Kandidat Olaf Scholz hat die Rücknahme der Studiengebühren angekündigt und veranschlagt dafür 40 Millionen Euro. Die sollen aus dem städtischen Etat als Ausgleichszahlung an die Hochschulen fließen. In der Hansestadt ist darüber ein Streit um die Finanzierung der SPD-Wahlversprechen entbrannt. Am Neckar steht die Regierungsmehrheit aus CDU und FDP auf der Kippe. Der Einzug der Liberalen in den Landtag ist in deren Stammland nicht mehr gesichert.

Amin Benaissa vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren stellte auf jW-Nachfrage klar, daß die Protestler keine Wahlempfehlung abgaben. Er räumte aber ein, daß die Aktion gegen den Stuttgarter Ministerpräsident Mappus (CDU) von Außenstehenden als »indirekter Wahlauf Ruf« für die Opposition verstanden werden könne. Die geringe Zahl von 300 Demonstranten in Karlsruhe erklärte Benaissa mit dem »Anpassungsdruck durch die Verschulung des Studiums«. Gleichwohl seien Schüler die »treibende Kraft« in den Bildungstreikbündnissen. Die Proteste der letzten Wochen und Monate werden in einer Abschlußdemonstration in Stuttgart an diesem Samstag münden. ABS-Sprecherin Nadine Berger kritisierte im Gespräch mit *junge Welt*, daß Studiengebühren im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf keine Rolle spielten. Mit ihrer auf 700 Teilnehmer geschätzten Demonstration wollten die Studenten das Thema in die Öffentlichkeit bringen. Berger kündigte bis zur Wahl weitere Aktionen in der Hansestadt an. Die Hamburger gehen am 28. Februar zur Wahl.